

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 88 846 ppbr d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Eberhard Brecht MdB zum Tod der pakistanischen Blauhelm-Soldaten in Somalia: Entsendung von Bundeswehr-Angehörigen unverzüglich stoppen.

Seite 1

Christa Randzio-Plath MdEP zur Notwendigkeit, die Beziehungen zu den Wende-Staaten zu intensivieren: Die Menschen in Osteuropa nicht draußen vor der Tür stehen lassen.

Seite 2

Dagmar Luuk zur Notwendigkeit sozialdemokratischer Nord-Süd-Initiativen: Bewußtsein für die Schicksalsfragen schärfen.

Seite 2

Ulla Burchardt MdB zu einem Hearing der SPD-Bundestagsfraktion: Umweltforschung für die ökologische Erneuerung nutzbar machen.

Seite 4

48. Jahrgang / 106

7. Juni 1993

Entsendung von Bundeswehr-Angehörigen unverzüglich stoppen

Zum Tod der pakistanischen Blauhelm-Soldaten in Somalia

Von Dr. Eberhard Brecht MdB
Stellvertretender außenpolitischer Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion und Vorsitzender des UNO-
Unterausschusses des Deutschen Bundestages

Der Tod der 26 pakistanischen Blauhelmsoldaten in Mogadischu macht auf dramatische Weise deutlich, daß die Entsendung deutscher Soldaten nach Somalia unverzüglich gestoppt werden muß. Nach dem gravierendsten Gewaltausbruch seit Beginn der UNO-Mission darf die Gefahr, daß die Bundeswehreinheiten in schwere Kämpfe verwickelt werden, von der Bundesregierung nicht länger bagatellisiert werden. Wer nach den Kämpfen vom Wochenende weiterhin am deutschen Einsatz festhält und ihn auch nach der Erfahrung vom Wochenende als rein "humanitäre Mission" verniedlicht, setzt sich dem Verdacht aus, daß er das Risiko von Kampfeinsätzen bewußt in Kauf nimmt.

Die Kämpfe am vergangenen Wochenende signalisieren der Weltöffentlichkeit, daß die Bürgerkriegsparteien in Somalia offensichtlich nicht bereit sind, die peace-keeping Aktion UNOSOM II in ihrem Land zu dulden. Wenn darüber hinaus General Adid als Kriegsherr einer der stärksten somalischen Clans jetzt zum Kampf gegen UNO-Soldaten aufrief, so stellt der Überfall vom Samstag den Welt sicherheitsrat vor die Frage, ob UNOSOM II überhaupt noch etwas mit einem Blauhelmeinsatz zu tun hat, der ja die Zustimmung der Konfliktparteien zur Voraussetzung hat.

Die Bundesminister Kinkel und Rühle haben sich aus Gründen des außenpolitischen Ansehens über die verfassungsrechtliche und politische Diskussion in Deutschland hinweggesetzt und deutsche Soldaten zu einem Blauhelmeinsatz in das nordafrikanische Land abkommandiert. Jetzt ist es an der Zeit, diesen voreiligen Schritt zu korrigieren. Dies bedeutet, die Vorbereitungen zur Stationierung weiterer Bundeswehresoldaten in Somalia sofort zu stoppen und den Verbleib der 130 Soldaten des Vorkommandos in Belet Huen vom Ergebnis von Konsultationen mit dem Welt sicherheitsrat abhängig zu machen. Für Kampfeinsätze der Bundeswehr hat Rühle bisher keine Mehrheit bekommen, weder im Bundestag noch in der deutschen Öffentlichkeit.

(-/7. Juni 1993/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verständiger Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Die Menschen in Osteuropa nicht draußen vor der Tür stehen lassen
Zur Notwendigkeit, die Beziehungen zu den Wende-Staaten zu intensivieren

Von Christa Randzio-Plath MdB
Osteuropa-Expertin der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Die Menschen in Mittel- und Osteuropa brauchen endlich das Signal, daß diese Länder keine Waisenkinder sind, die draußen vor der Tür gelassen werden. Aus diesem Grunde muß die Diskussion um die EG-Erweiterung nach Osten auf dem nächsten EG-Gipfel im Juni in Kopenhagen endlich zu einem Abschluß kommen. Andernfalls stellt die Umstellung auf Demokratie und Marktwirtschaft die Geduld der Menschen auf eine zu harte Probe.

Es geht jetzt auch im Handel um konkrete Schritte. Allgemeine Absichtserklärungen, wie der Handel mit Osteuropa verbessert werden könne, hat es genug gegeben. Die Zollschranken für Industrieprodukte müssen statt wie vorgesehen nicht in vier, sondern bereits in zwei Jahren fallen. Das würde mehr als die Aufstockung von Hilfsprogrammen bringen.

Es ist zu kritisieren, daß die Gemeinschaft im Handel 1992 mehr profitiert als diese Länder. Es gibt Kritik, daß die Antidumpingregeln und die Schutzregeln beim Fleischimport zu stark sind. Man darf auch den Ruf dieser Länder nach mehr Investitionen nicht überhören.

Folgende Prioritäten sind zu setzen:

1. Stärkung der Zusammenarbeit, die mehr an den Interessen der Partner ausgerichtet werden muß mit verstärkten Investitionen, dem Aufbau paneuropäischer Infrastrukturen in den Bereichen Verkehr, Energie und Umweltbereich.
2. Schnellerer Zugang für die osteuropäischen Erzeugnisse auf den Gemeinschaftsmarkt, beschleunigter Abbau der Zölle und Mengenbeschränkungen für die meisten Industrieprodukte und großzügigere Handhabung der Agrarimporte. Multilaterale Ursprungsregeln sollten für den gesamteuropäischen Wirtschaftsraum eingeführt werden. Sonst werden mögliche Lohnveredelungen zum Beispiel konterkariert.
3. Beitritt zur Gemeinschaft. Die Zeit ist reif für ein politisches Signal im Interesse dieser Länder und der EG: Osteuropa gehört zu Europa. Aber eine Westorientierung Osteuropas reicht nicht. Die EG muß den osteuropäischen Intrahandel und die Wiederbelebung der osteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen unterstützen. Aber: nicht jedes Land muß oder kann Mitglied der EG werden. Die EG muß in Kopenhagen endlich Klarheit schaffen. Für mich gehören die heutigen Assoziationsländer in einem Zehn-Jahreszeitraum zur EG, wenn sie wollen und - gemessen an den Kriterien der EG - wirklich Mitglied werden können.

(-/7. Juni 1993/rs/ks)

Bewußtsein für die Schicksalsfragen schärfen
Zur Notwendigkeit sozialdemokratischer Nord-Süd-Initiativen

Von Dagmar Luuk
Sprecherin des SPD-Arbeitskreises Nord-Süd in Berlin-Brandenburg

Die Berücksichtigung von Expertenwissen wird für die Bestimmung politischer Positionen immer wichtiger. Dabei ist es ebenso von Bedeutung, externes Wissen in die Partei einzubeziehen, wie die vorhandenen Kompetenzen der Mitglieder zu aktivieren. Eine solche vom Parteivorstand in seinem

Konzept "SPD 2000" vorgestellte Form von Parteiarbeit braucht nicht neu erfunden zu werden. Seit 14 Jahren gibt es den - inzwischen vom rein Berliner zum Berlin-Brandenburger erweiterten - "Aktionskreis Nord-Süd", der zugleich Fachausschuß mit Rede- und Antragsrecht beim Landesparteitag ist.

"Aktionskreis" bedeutet mehr zu sein als ein Diskussionszirkel, der den kontinuierlichen politischen Gedankenaustausch zwischen den Nord-Süd-Experten in der SPD organisiert und den Parteivorstand in Fragen aus diesem Politikfeld berät. Ziel ist, das Bewußtsein der Parteimitglieder und der Bevölkerung für die Schicksalsfragen des Nord-Süd-Konfliktes zu schärfen und Menschen inner- und außerhalb der Partei mit zeitgemäßen Aktionsformen zu mobilisieren.

Der Aktionskreis umfaßt einen aktiven Kern von etwa dreißig Mitgliedern aus Berlin und Brandenburg, darüber hinaus jedoch eine wesentlich größere Zahl von Interessenten, die sich in Einzelfragen engagieren, an der Vorbereitung von Foren und anderen Aktionen mitwirken und ihr Wissen und ihre Erfahrung für die Ausarbeitung von Anträgen und Positionspapieren zur Verfügung stellen. Der Aktionskreis hält ständigen Kontakt zu den entwicklungspolitischen Organisationen und Institutionen, vor allem auch zur vielfältigen Szene der entwicklungspolitischen Initiativgruppen in Berlin.

Der aktive Kern trifft sich zu monatlichen Sitzungen, um Arbeitsschwerpunkte festzulegen und Ergebnisse der zu speziellen Themen und Projekten eingesetzten Arbeitsgruppen auszuwerten. Regelmäßig berichten dort auch Mitglieder über eigene entwicklungspolitische Aktivitäten, von denen Impulse für die Arbeit des Aktionskreises ausgehen können; Auslandsaufenthalte, eigene wissenschaftliche Forschungen oder Projekte der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, Seminare. Der zweite wichtige Veranstaltungstyp ist das öffentliche Forum, das den größeren Kreis der Interessenten und - leider immer nur in begrenztem Maße - auch Parteimitglieder außerhalb der Adressenkartei zur Auseinandersetzung mit einem Schwerpunktthema des Nord-Süd-Verhältnisses versammelt.

Die Folgen der deutschen Vereinigung, die Transformationskrise Osteuropas, die Flüchtlings- und Zuwanderungsproblematik, die weltweite Umweltzerstörung und der Streit um die Grundlagen einer zukünftigen deutschen Sicherheitspolitik bieten den Entwicklungspolitikern in der SPD nach einem jahrzehntelangen Nischendasein die Chance, mit ihren politischen Inhalten in den Bereich der Leitansätze auf SPD-Parteitag vorzudringen.

Auch im eigenen Lande gelingt es nur schwer, Interessen auszugleichen und Solidarität zu wecken. Wie sollten die Deutschen da noch mehr als bisher dazu beitragen können, die Naturgrundlagen unserer Erde zu erhalten und Solidarität gegenüber Menschen zu üben, die fernab von uns leben.

Wir sind nicht sicher, ob wir den inneren Solidarpakt erfüllen werden und gleichzeitig Weitsicht, Moral und Kompetenz aufbringen, um unsere Verantwortung für die Eine Welt wahrzunehmen. Wider Zynismus und Desinteresse gegenüber globalen Problemen gilt: Die SPD würde ihre wertvollsten Traditionen verleugnen - Solidarität und Internationalismus - wenn sie die globalen Aufgaben vernachlässigt.

Der Aktionskreis Nord-Süd braucht mehr Mitstreiter und Sympathisanten auf allen Ebenen, damit die SPD die Kompetenz und das Engagement entwickeln kann, um mit den globalen Herausforderungen Schritt zu halten.

(-/7. Juni 1993/rs/ks)

Umweltforschung für die ökologische Erneuerung nutzbar machen
Zu einem Hearing der SPD-Bundestagsfraktion

Von Ulla Burchardt MdB
Mitglied des Bundestage-Ausschusses für Forschung und Technologie

Die SPD-Bundestagsfraktion veranstaltet am 21. Juni eine öffentliche Anhörung über die Leistungskraft und Perspektiven der Umweltforschung in Deutschland, zu der Sachverständige aus Forschung und Wissenschaft, Wirtschaft und Umweltbewegung eingeladen sind. Für die SPD ist die Anhörung ein Beitrag zu einer längst überfälligen Umorientierung der Forschungs-, Technologie- und Umweltpolitik. Nicht die Begrenzung und nachträgliche Reparatur der Umweltschäden, sondern ihre Vermeidung muß nicht nur im Mittelpunkt der Umweltpolitik sondern auch der Forschungsanstrengungen stehen. Nur so kann die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft gelingen und eine dauerhafte Entwicklung eingeleitet werden.

Zweifel sind angebracht, ob die Umweltforschung in der gegenwärtigen Verfassung den wachsenden Anforderungen tatsächlich gerecht wird. So urteilte der Wissenschaftsrat in einem früheren Gutachten (1991): "Dem rapiden Wachstum der Aufgaben der Umweltforschung im Zusammenhang mit der Bewältigung lokaler, regionaler und globaler Probleme werden die bisherigen Forschungsleistungen in weiten Bereichen nicht gerecht." Gegenwärtig evaluiert der Wissenschaftsrat die Einrichtungen der außeruniversitären Umweltforschung und das Forschungsministerium arbeitet an einem neuen Umweltforschungsprogramm. Eine frühzeitige parlamentarische Beratung neuer Schwerpunkte und Strategien der künftigen Umweltforschung wurde von der CDU/CSU im Forschungsausschuß verhindert.

Da die ökologische Krise ein gesellschaftlich verursachtes Problem ist und das alleinige Setzen auf naturwissenschaftlich-technische Lösungen nicht zum notwendigen Erfolg führen kann, müssen Ziele und Aufgabenfelder der Umweltforschung in einem Dialog zwischen Forschung und Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit erarbeitet werden. Nur eine handlungsorientierte Forschung, die von vornherein die Wirtschafts- und Lebensweise der Menschen einbezieht, kann helfen, gesellschaftlich notwendige Veränderungen einzuleiten. Vorsorgeorientierte Umweltforschung muß Entwicklungspfade zu möglichen gesellschaftlichen Zukünften aufzeigen, dies darf nicht nur allein der Wissenschaft, geschweige dann der Ministerialbürokratie überlassen werden.

Im Vorgriff auf das neue Umweltforschungsprogramm des Forschungsministeriums ist zu befürchten, daß dort wichtige Zukunftsaufgaben nur semantisch besetzt und Handlungsfähigkeit demonstriert werden, im Endeffekt jedoch mangels einer Einbindung der Forschung in eine Strategie der gesellschaftlichen Erneuerung alles beim alten bleibt.

Auf der Grundlage der Diskussionsergebnisse ihrer Anhörung wird die Bundestagsfraktion weitere Initiativen zur Qualifizierung der Umweltforschung und der Umorientierung der Forschungs- und Technologiepolitik entfalten.

(-/7. Juni 1993/rs/ks)
